Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige
Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann,
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Sonnabend, den 22. Februar 1879. Nr. 90.

Deutscher Reichstag.

7. Sitzung vom 21. Februar.

Präsident von Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 2¼ Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Fürst Bismarck, welcher bereits vor Beginn der Sitzung im Hause erschienen war und sich längere Zeit mit den Abgg. Graf Moltke und Frhrn. v. Varnbüler unterhalten hatte; außerdem Hofmann, v. Bülow, v. Liebe, Dr. Krüger u. A.

Nachdem die Verlesung der in die Fachkommissionen gewählten Mitglieder erfolgt, setzt das Haus die Berathung des deutsch-österreichischen Handelsvertrages fort.

Reichskanzler Fürst Bismarck: Zuerst bemerke ich Einiges in Bezug auf die Ausstellung, die der Herr Abg. Delbrück an dem vorliegenden Vertrage gemacht hat, daß er nicht auf 3—6 Monate länger geschlossen worden sei. Ich würde diese längere Dauer meinerseits sehr gern in den Vertrag hineingebracht haben, wenn wir ihn allein zu diktiren gehabt hätten. Aber ich glaube nicht, daß wir ohne wesentlichen Zeitverlust mit Oesterreich zu einer weiteren Einigung gekommen wären; es hat schon Mühe genug gemacht, in der kurzen Zeit diesen Abschluß zu erreichen. Die Ermächtigung von den gesetzgebenden Gewalten zu erbitten, unter Umständen, wenn Oesterreich geneigt wäre, auf eine Verlängerung einzugehen, das liegt in meiner Absicht vor dem Schlusse des Reichstages. Allerdings möchte ich auch, bevor ich in neue Verhandlungen mit Oesterreich eintrete, wissen, wie die gesetzgebenden Gewalten sich zu den Reform-Vorlagen in Bezug auf Zolltarife stellen werden, die augenblicklich für den Bundesrath vorbereitet werden. Ich will dem System der Handelsverträge ja im Ganzen nicht entgegentreten, nur ein Handelsvertrag und für sich ist es nicht, was ich erstrebe; es kommt auf den Inhalt an. Die anscheinend glänzenden Resultate, wie sie die gegenseitigen Ein- und Ausfuhrtabellen ergeben, täuschen bei der geographischen Lage Deutschlands sehr, weil wir keine Ursprungsatteste haben. In Deutschland ist der ganze Transit des westlichen und nordwestlichen Europas nach Oesterreich mit einbegriffen; in unserer Ausfuhr nach Frankreich ist der ganze Transit des russischen und österreichischen Imports mit einbegriffen. Ich glaube, eine genauere Untersuchung würde ergeben, daß bei den Ziffern, welche Herr Richter für unsern Export nach Frankreich, Belgien, Holland u. s. w. anführt, der Transit von Rußland und Oesterreich, durch dessen Erlauben wir unseren eigenen Export lahmgelegt haben, eine sehr wesentliche Rolle spielt. Der Abg. Richter hat sich an die Thronrede gehalten, für welche ich mit voller Verantwortlichkeit eintrete, und wo die Thatsache berührt ist, daß der bisherigen Handelspolitik praktische Erfolge nicht zur Seite stehen. Milder kann man sich gar nicht ausdrücken; die Thatsache kann auch anderswo herrühren, aber sie ist eben eine Thatsache. Ich selbst habe bei meinem Eintreten in den inneren Dienst 1862 Ende September eine lediglich politische Aufgabe gehabt, eine Aufgabe, die mir wenig Zeit ließ, mich um Tarifpositionen zu bekümmern. Wenn ich also damals meine Stellung zu dem Handelsvertrage erwäge, finde ich, daß, als ich Minister wurde, ich die Erbschaft des Kampfes mit Oesterreich übernahm um die Hegemonie in Deutschland auf friedlichem Gebiet. Dazu kam eine ziemliche Verstimmung mit Rußland, und die einzige Macht, mit der wir politisch verhältnißmäßig gut standen, war Frankreich. In Bezug auf Rußland brachte ich meinerseits persönlich bessere Traditionen mit, und in der Zeit, als ich ziemlich einsam einer Welt von Zorn und Haß gegenüberstand, habe ich mein Ziel nicht aus den Augen verloren, sondern zuerst diese Beziehungen gefestigt durch den Vertrag gegenüber dem polnischen Aufruhr, welchen damals die Gesinnungsgenossen des Herrn Richter als „Seeschlange" auf das Heftigste bekämpften. Eine zweite Frage ist für mich die Auseinandersetzung mit Oesterreich. Es war vorauszusehen, daß wir einen Kampf mit Oesterreich bekommen würden, gleichviel, ob wir einen großdeutschen Handelsverein bekommen oder den preußischen Zollverein sprengen würden. Und in diesem Kampfe fand ich den bezeichneten Handelsvertrag vor als eine der wichtigsten Waffen. Hätte ich nun damals selbst Zeit gehabt zur Prüfung von Zollpositionen, so würde ich mich doch nicht zu einem Vertrauensbruch haben hinreißen lassen gegen Frankreich. Wir hatten denn auch schon in der Dänenfrage Frankreich für uns und im Kampfe 1866 blieb Frankreich ebenfalls in seiner Zurückhaltung, es wollte uns unterstützen mit Wohlwollen — wenn auch nicht ganz ohne Entgelt (Heiterkeit.) Freilich dachte es, wir würden geschlagen werden. Sodann hat Herr Richter Bezug genommen auf eine von mir 1873 im Herrenhause gehaltene Rede. Ja, ich habe damals gar keine wirthschaftlichen Tendenzen gehabt, das gestehe ich zu meiner Schande. Der Herr v. d. Heydt war nicht mehr da, und an seinem Nachfolger vermuthete ich ein solch intimes Interesse für sein Ressort nicht (Heiterkeit). Ich will gegen Herrn Richter nur konstatiren, daß mich also keine Verantwortlichkeit trifft für das System, das ich heute für nicht bewährt halte. Eine entschiedene Geltendmachung meiner abweichenden Ansichten hätte vermuthlich ein vorzeitiges Ausscheiden des damaligen Präsidenten Delbrück zur Folge gehabt. Denn wenn ich zur Konsolidation des Reiches mich der Mithülfe eines solchen Staatsmannes bediente, wie es diese erste Autorität im Reiche ist, so konnte ich die Prätension natürlich nicht haben, daß er die Geschäfte leiten werde nach Maßgabe nur meiner Anschauungen. Ich mußte mich vielmehr cum grano salis seiner Führung unterwerfen. Ich glaube sicher, daß ich bei abweichenden Meinungen öfter nachgegeben habe, als Herr Präsident Delbrück. Ich habe aber jetzt nach dem Rücktritt meines Kollegen noch das Bedürfniß, mich mit ihm zu verständigen, und ich habe noch vor einem Jahre Versuche gemacht, die er zurückgewiesen hat aus Gründen, über die er nur selbst Richter ist. Ich bin heute gezwungen, wenn ich nicht, was ich mehrfach vergeblich versucht habe, zurücktreten kann, mir eine selbstständige Meinung über das zu bilden, worin ich früher Herrn Delbrück mit seiner Autorität gefolgt bin. Und wenn dann diese Ansicht von der Vergangenheit abweicht, so bin ich darüber nicht beschämt. Es ist wie mit der Post-Verwaltung. Auch hier ist manche Einrichtung, mit der ich nicht ganz einverstanden bin. Ich werde aber doch nicht eingreifen, lehne indessen auch die Verantwortlichkeit für jede einzelne Posteinrichtung ab. Wenn Herr Abg. Richter mir vorwirft, ich hätte den Zolltarif zurückführen wollen auf ganz wenige Positionen, — ja das ist richtig, das ist das englische System, aber als ich mit dem Tabak (Zuruf: Monopol!) — ja ich bin ein Anhänger des Monopols auch heute noch (Beifall rechts), — da ist der Versuch aufgenommen worden mit einer Unfreundlichkeit, die mir ganz neu war. Der Minister Camphausen ist darüber zurückgetreten, wegen der „Abschlachtung", — wie er es nannte —, die hier mit ihm von den liberalen Parteien vorgenommen sei. (Hört!) Ich kann mir diese Unfreundlichkeit nicht anders erklären als aus politischen Motiven. Ich verstehe nicht, wie man die wirthschaftlichen Fragen mit politischen so durchweg zusammenwerfen kann. Die Hetzerei der Presse trägt auch viel bei zur Nährung dieser Stimmung. Ich citire zwei Blätter, von denen ich eine objektivere Behandlung der Fragen erwartet hätte, die „Kölnische Zeitung" und die „National-Zeitung." Aber es vergeht kaum ein Tag, wo ich aus den beiden Blättern nicht den Eindruck erhalte, daß es darum zu thun ist, Feindschaft und Unfrieden zwischen den Parteien zu säen. Ich aber wünschte von ganzem Herzen, daß die Herren einen versöhnlicheren Ton anschlagen möchten und nicht jeden Tag dem Bedürfnisse nach einem sensationellen Leitartikel den Frieden der Parteien opfern wollten. (Stimmen links: Bauernbriefe!) — Ich weiß nicht, von wem der Zwischenruf ausgeht. Ich bin ja gern bereit, auf alle Einwendungen Rede und Antwort zu stehen, aber ein solcher anonymer Zuruf nimmt sich im stenographischen Bericht immer etwas sonderbar aus. (Heiterkeit.) Die leitenden Fraktionen sollten diese Friktionen der Presse lieber zerstören. Ich habe Beweise, die Fälle aus diesem Hause und draußen, daß sachliche Angriffe sich zuspitzen zu Angriffen gegen meine Person, und daß man bei mir emsig sucht nach schmutziger Wäsche, die man nicht findet, und daß eine Neigung vorhanden ist, mir irgend etwas anzuhängen. Man hat es versucht, mich als einen Dilettanten hinzustellen mit Zusätzen, von denen, wenn sie auf Universitäten gefallen wären, Jeder wüßte, was darauf folgen müßte. (Heiterkeit.) Nachdem ich 25 Jahre zusammengearbeitet habe mit Herrn Delbrück — zuerst 1852 in Frankfurt — 17 Jahre als Minister, bin ich nachher wie vorher auch immerfort verurtheilt worden. 1852 hieß es in liberalen Blättern: Wenn man dem Manne eine Fregatte zum Kommando anvertraute, oder ihm eine chirurgische Operation zumuthete, so würde er sagen: Ich habe es noch nicht versucht, kann es aber einmal probiren. (Heiterkeit.) Ich denke, ich habe die Operation vollzogen zu Ihrer Zufriedenheit. Als ich Minister wurde, hieß es: Wie kann man bloß diesem Manne die erste Stelle in Deutschland anvertrauen? An dieser Stelle stehe ich nun seit 17 Jahren und ich weiß nicht, ob ich sie ausfülle zur Zufriedenheit ob Herr Richter Recht bekommen wird mit seinem absprechenden Urtheile vor der Mit- und Nachwelt, oder ob mir nach meiner 17jährigen Verwaltung über wirthschaftliche Fragen ein Urtheil zu haben von der Mitwelt das Recht zugestanden werden wird. Von der Nachwelt will ich nicht sprechen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Witte (Rostock): Der Beweis für die Behauptung der Thronrede, daß die Handels-Politik der letzten 12 Jahre Fiasco gemacht habe, ist bisher nicht erbracht worden. Diese frühere Periode ist vielmehr eine Periode des großartigsten Aufschwungs und der bedeutendsten Erfolge in Handel, Gewerbe und Industrie gewesen. Für eine Reform der indirekten Steuern bin auch ich schon seit langer Zeit eingetreten, aber auf geordneter Basis und mit gesetzlicher Regelung nach gesunden und bewährten Prinzipien. — Gewiß ist Fürst Bismarck bei Allem, was er thut, von innigster Vaterlandsliebe beseelt. Aber eine allgemeine Unruhe hat er in das Land hineingeschleudert und Handel und Wandel, die besonders der Stetigkeit und Sicherheit der Zustände bedürfen, bedeutenden Schaden zugefügt. Er liebt es, Sprünge zu machen, er ist ein Freund der Genialität. Ich wünsche und halte es für dringend erforderlich, daß wir zu der alten Politik und den alten Prinzipien zurückkehren, die uns so lange vor der beabsichtigten Umkehr zum größten Segen gereicht haben.

Reichskanzler Fürst von Bismarck: Ich will mich der soeben gehörten, nach meinem Dafürhalten etwas zu früh gehaltenen Rede (Zustimmung rechts) gegenüber auf zwei Bemerkungen beschränken. Der Vorredner hat mich auch wieder einmal der Genialität und des Springens beschuldigt. Ich muß bestreiten, daß ich derjenige bin, der Sprünge mache, ich schlage bloß die Rückkehr zu dem alten Wege vor, den wir von 1823 bis 1865 gewandelt sind und aus dem wir uns seitdem entfernt haben. Ich wünsche auch nur, daß wir uns jener Zeit wieder annähern, und so steht es auch in der Thronrede. Daß ich lieber den Weg beschreiten sollte, heimlich die Gesetze zu machen und sie dann vielleicht in 14 Tagen berathen, verhandeln und beschließen zu lassen, damit der Handel sich wieder seinen Spekulationen überlassen kann — ja, die Nation würde mit viel größerem Erstaunen ein solches Gesetz ohne Vorberathung empfangen haben. Ich sehe ja voraus, daß über diese Dinge ein großer tiefgreifender Kampf der wirthschaftlichen und industriellen Interessen sich erheben wird; aber das ist ja ganz unvermeidlich! Man nehme die Art, wie ich prozedirt habe, als Signalschüsse, aber nicht als den Kampf; der wird uns Jahre lang beschäftigen, und wird hoffentlich zum Heile des Vaterlandes führen! (Bravo!)

Abg. Dr. Loewe (Bochum): Wir sind gezwungen, uns nach den alten Zollvereinsverhältnissen zurückzusehnen. Als die Ermäßigung der Eisenzölle betrieben wurde, habe ich und alle Vertreter der Industriebezirke Westfalens für diese Ermäßigung gestimmt. Nun haben sich doch die Verhältnisse bedeutend geändert, und ich glaube, die Regierung hat schon zu lange gewartet mit der Reform des Tarifwesens. Ich bin auch der Ansicht, daß die Stabilität für den Handel sehr wesentlich ist, indeß das Aufhören dieser Stabilität hat nicht der Reichskanzler verschuldet. Als Sie die Eisenzölle änderten, griffen Sie mit rauher Hand in die stabilen Verhältnisse. Seit der vorige österreichische Handelsvertrag abgeschlossen worden, haben sich die Verhältnisse wesentlich geändert, Tausende von Kilometern neue Eisenbahnen sind diesseit und jenseit gebaut worden, die Menschen sind einander näher gekommen. Da müssen wir doch in handelspolitischer Beziehung eine ganz andere Stellung Oesterreich gegenüber einnehmen. Vorläufig bin ich der Ansicht, daß die Regierung in hohem Grade ihre Pflicht erfüllt hat, und daß erreicht worden ist, was irgend möglich ist. Darum bitte ich, den Handelsvertrag ohne Kommissionsberathung anzunehmen.

Abg. Dr. Bamberger: Auch nach der heute vom Herrn Reichskanzler gehörten Rede sind wir noch über ein bestimmtes System, das er befolgen will, im Unklaren. Man führt gegen uns gar keine Argumente ins Feld und wir können nicht zugeben, daß die Handelspolitik, welche uns seit 70 Jahren zum Segen gereicht hat, jetzt auf einmal schlecht geworden ist, daß man nun auf einmal die entgegengesetzten Prinzipien als maßgebend aufstellt und das Gute ins Gegentheil verkehrt. Auf die Vorwürfe des Kanzlers gegen die nationalliberale Partei antworte ich: Welche Partei hat wohl treuer zum Kanzler gestanden als wir? Und wir wußten es wohl, daß leicht vom liberalen Standpunkte aus es uns verdacht werden konnte, so weit gegangen zu sein. Der Herr Reichskanzler hat die „National-Zeitung" erwähnt Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" und die „Post" scheint er nicht zu lesen. Fürst Bismarck sagt, er könne sein Programm nicht schon heute entwickeln. Ja, das Land hat aber ein entschiedenes Interesse daran, dieses Programm endlich zu erfahren, das Land, das in Hangen und Bangen seine Zeit verbringt. Der Zollpolitik unserer Zeit gegenüber mit ihrer Unklarheit ist es geradezu erfrischend, wenn man die 70jährige Tradition der preußischen Handelspolitik ins Auge faßt, und ich denke, daß eine solche Jahrzehnte alte Tradition schließlich doch mehr gilt als das Votum selbst eines Reichskanzlers, und wenn wir diesen alten bewährten Prinzipien folgen, so darf Niemand uns wegen unserer Opposition gegen den Kanzler der Untreue zeihen.

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.

Schluß 5½ Uhr.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr.

T. O.: Fortsetzung der heutigen Debatte, Reichshaushaltsetat.

Landtags-Verhandlungen.

Herrenhaus.

18. Sitzung vom 21. Februar.

Präsident Herzog von Ratibor eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr mit den üblichen geschäftlichen Mittheilungen.

Am Ministertische: Graf zu Stolberg-Wernigerode.

Tagesordnung:

I. Einmalige Schlußberathung über den Gesetzentwurf betreffend die Rechts-Verhältnisse der Studirenden und die Disziplin auf den Landesuniversitäten.

Der Gesetzentwurf wird nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses en bloc angenommen. Es folgen:

II. Petitionen:

1) Die Petitionen der hessen-nassauischen Gemeinden wegen Abänderung der Verordnung vom 12 Mai 1867 betreffend Abänderung der Waldservituten wird von der Tagesordnung abgesetzt.

2) Die Petition der Realgemeinde Lehrte betreffend die weitere Ausführung der Gemeindetheilung und Verkoppelung von Lehrte wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Der Vicepräsident verliest die Allerhöchste Botschaft wegen des Schlusses des Landtages.

Herr von Senfft-Pilsach dankt dem Präsidenten für den Fleiß und die Sorgfalt, mit dem derselbe die Geschäfte des Hauses geleitet, welchem Danke die Mitglieder des Hauses durch Erheben von den Sitzen Ausdruck geben.

Der Präsident giebt hierauf eine Uebersicht über die Geschäftsthätigkeit des Hauses während der abgelaufenen Session. Danach hat das Haus 18 Plenar-, 9 Abtheilungs- und 55 Kommissions-Sitzungen abgehalten und in diesen 7 Staatsverträge, den Etat, 43 Gesetzentwürfe und 57 Petitionen erledigt.

Der Präsident schließt mit dem Wunsche, daß die geschaffenen Gesetze dem Lande zum Heile und zur Ehre gereichen mögen.

Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf Se. Majestät den Kaiser und König schließt die Sitzung um 11¼ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

58 Sitzung vom 21 Februar

Präsident v. Bennigsen eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr.

Derselbe theilt mit, daß der Abg. v. Britzke heute neu in das Haus eingetreten ist. (Große Heiterkeit.)

Vor der Tagesordnung verliest Abg. Windthorst-Meppen eine Erklärung der Vorstände der deutschen Lehrer-Vereine, gerichtet gegen die Bemerkungen des Abg. Windthorst-Meppen in der Abendsitzung vom 10. d. M. bei Gelegenheit der Besprechung des bekannten Erlasses der Oppelner Regierung gegen die Lehrer des dortigen Regierungs-Bezirks. Jene Bemerkungen ließen die Deutung zu, als ob auch in Berlin bezw. der Provinz Brandenburg sich gleiche Schäden im Lehrerstande, wie sie der besprochene Erlaß angiebt, vorfänden. Dagegen protestiren die kommunalen Lehrer-Verbände, indem sie die Bemerkung hinzufügen, daß sie mindestens eben so hoch ständen, als die römisch-katholische Geistlichkeit. Redner bedauert das Mißverständniß um so mehr, als er im Allgemeinen eine hohe Achtung vor dem Lehrerstande habe. Seine damaligen Worte sollten nicht allgemein aufgefaßt werden, im Gegentheil ist er der Meinung, daß durch den schon mehrfach erwähnten Erlaß der Regierung zu Oppeln auch nur ein Theil der dortigen Lehrer, keineswegs aber sämmtliche Lehrer im Regierungsbezirk Oppeln getroffen werden sollten. Redner bedauert wiederholt das Mißverständniß und giebt am Schlusse seiner Erklärung seiner Hochachtung vor dem ehrenwerthen Lehrerstande nochmals vollen Ausdruck.

Hierauf verliest der Minister des Innern Graf zu Eulenburg eine Allerhöchste Botschaft (die Mitglieder des Haases erheben sich von ihren Sitzen), welche auf Grund des Art. 77 der Verfassungs-Urkunde den Vicepräsidenten des Staatsministeriums, Grafen zu Stolberg-Wernigerode beauftragt, den Landtag der Monarchie im Namen des Königs am 21. Februar 1879 zu schließen. Zu dem Zwecke werden die Mitglieder beider Häuser des Landtages eingeladen, um 1 Uhr Mittags im Weißen Saale des Königlichen Schlosses zu Berlin sich einfinden zu wollen.

(Die Allerhöchste Botschaft ist von dem gesammten Staatsministerium gegengezeichnet.)

Das Haus tritt nunmehr in die Tages-Ordnung ein.

I. Wahl eines Mitgliedes der Staatsschuldenkommission an Stelle des ausscheidenden Abg. v. Bockum-Dolffs.

Auf Antrag des Abg. Windthorst-Meppen beschließt das Haus per Akklamation die Wiederwahl des Herrn v. Bockum-Dolffs auf weitere drei Jahre.

Abg. v. Bockum-Dolffs nimmt die Wahl dankend an und verspricht treue Pflichterfüllung laut Gesetz und dem von ihm geleisteten Eid.

Es folgen

II. Petitionen. — Die Gemeindevertretung der Bürgermeisterei Hardenberg, im Kreise Meitmann, spricht den Wunsch aus, daß das Amtsgericht nicht nach Langenberg, sondern nach Hardenberg verlegt werden solle.

Die Justizkommission beantragt, über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Menken (Köln) und Gen. beantragen dagegen, diese Petition der Staatsregierung zur nochmaligen Erwägung zu überweisen.

Nach längerer Begründung des Antrages durch den Abg. Menken erklärt der Regierungs-Kommissar Kreisgerichtsrath Helf, daß kein Grund vorliege, die Petition zu berücksichtigen, da die Wahl von Langenberg als Sitz des Amtsgerichts in keiner Weise als ein Mißgriff anzusehen sei. Der Kreistag habe sich für Langenberg ausgesprochen. Die etwas ungünstige Lage dieses letzteren Ortes falle umsoweniger ins Gewicht, als der ganze Amtsgerichtsbezirk nur ein Areal von 41,000 Morgen umfasse.

Bei der Abstimmug wird der Antrag der Kommission angenommen.

Die Kommission der Wittwe des Müllers Schwerdtfeger in Zörbig um Erwirkung einer Entschädigung dafür, daß sie in Folge der im Dorfe Görzig geltend gewesenen anhaltischen und preußischen Hoheitsrechte gezwungen worden, eine Windmühle zum Abbruch zu bringen, — wird der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Direktion der Aachen-Mastrichter Eisenbahn-Gesellschaft führt Beschwerde wegen Ueberbürdung bei der Veranlagung zur Eisenbahnsteuer.

Die Petition beantragt, die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Nach einigen Bemerkungen des Abg. Frhr. v. Fürth, der den Antrag der Kommission befürwortet, wird derselbe angenommen.

Eine Petition des Ortsarmenverbandes Marienfelde bei Marienwerder wegen Beihilfe des Fiskus zu den dortigen Armenlasten wird der Staatsregierung wiederholt mit der Aufforderung überwiesen, dem gedachten Ortsarmenverbande eine den dortigen Armenverhältnissen entsprechende jährliche Subvention, in ähnlicher Weise, wie bei den Gemeinden Marienau und Schäferei geschehen ist, zu bewilligen.

Die Beschwerde des Bürgervereins zu Iserlohn wegen Ausschließung eines Taubstummen vom Wahlrecht wird der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Die übrigen Gegenstände wurden von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Präsident giebt hierauf eine Uebersicht über die Thätigkeit des Hauses während der abgelaufenen Session. Das Abgeordnetenhaus hat vom 19. November bis heute im Ganzen 62 Plenarsitzungen gehalten, incl. 4 Abendsitzungen, die als Fortsetzung der Tagessitzung betrachtet worden sind. Es haben ferner stattgefunden 14 Sitzungen der Abtheilungen, 195 Kommissions- und 153 Fraktionssitzungen. An Vorlagen sind eingegangen der Staatshaushaltsetat pro 1879—80, eine allgemeine Rechnung pro 1875, eine Uebersicht von den Staatseinnahmen des Jahres 1877—78, ein Bericht der Staatsschuldenkommission, 17 Rechenschaftsberichte, die sämmtlich zur Erledigung gelangten. An Gesetzentwürfen sind eingegangen unmittelbar von der Regierung 25, vom Herrenhause 22 Von diesen 47 Vorlagen sind 39 vom Abgeordneten- und Herrenhause erledigt, über 3 ist eine Uebereinstimmung nicht erzielt und 5 sind im Plenum des Abgeordnetenhauses nicht zur Berathung gelangt. Von den gesammten 77 Vorlagen sind 36 den Kommissionen überwiesen, 41 ausschließlich im Plenum verhandelt. Von Mitgliedern sind eingegangen 9 Anträge, von denen 8 zur Erledigung gelangten. Interpellationen sind 2 gestellt und beide von der Staatsregierung beantwortet worden. An Petitionen haben dem Hause vorgelegen insgesammt 883. Davon sind 58 der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesen, 126 durch Annahme von Gesetzen, 22 durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. 218 sind zur Erörterung im Plenum für ungeeignet erachtet, über 276 liegen Kommissionsbeschlüsse vor; 183 sind wegen verspäteten Eintreffens nicht zur Berathung gelangt. Sämmtliche Wahlen sind geprüft, 4 Mandate zur Zeit erledigt.

Abg. v. Bockum-Dolffs dankt Namens des Hauses dem Präsidenten für die umsichtige und unparteiische Führung der Geschäfte und ersucht die Mitglieder des Hauses, diesem Danke durch Erheben von den Sitzen Ausdruck zu geben. (Das Haus erhebt sich.)

Der Präsident erwidert diesen Dank mit einigen Worten der Anerkennung für die ihm von allen Seiten des Hauses zu Theil gewordene Unterstützung und fügt den Wunsch hinzu, daß die Arbeiten der neu abgelaufenen Legislatur-Periode zum Wohle des Vaterlandes gereichen mögen.

Mit einem dreimaligen Hoch auf Se. Majestät den Kaiser und König, in welches das Haus begeistert einstimmt, schließt der Präsident die Sitzung um 11¾ Uhr.

Deutschland.

** **Berlin**, 21. Februar. Der Schluß des Landtages ist heute durch den Grafen Stolberg im Weißen Saale vollzogen worden. Die in heutigen Morgenblättern auftretenden Zweifel, ob der Kaiser selbst den Schluß verkünden werde, entbehrten alles Grundes, da der Kaiser nach soeben vollzogener Reichstagseröffnung nicht sogleich wieder einer ähnlichen Anstrengung sich unterziehen durfte. Allerdings würde es dem Kaiser nur haben erwünscht sein können, dem Landtage die in der Schlußrede ausgedrückte Anerkennung für die Ergebnisse der Session selber auszusprechen. Es geht durch die Schlußrede auf Grund dieser Anerkennung ein warmer Ton und ein Ausdruck der Befriedigung, namentlich über die beiden Hauptresultate, den Abschluß der Justizgesetze und die gelungene Verständigung in Betreff der Behandlung etwaiger Reichsüberschüsse. Doch fehlt auch nicht der entschlossene Hinweis auf die Haltung der Regierung gegenüber den Aufgaben im Reichstag. Der Passus in der Rede, daß die mannigfachen unvermeidlichen Schwierigkeiten, mit denen der Uebergang in die neuen Verhältnisse für den Richterstand verknüpft seien, durch thunlichste Rücksichtnahme sollen gemildert werden, ist der aufrichtigste Ausdruck der Fürsorge im Justizministerium für die möglichst schonende Behandlung der Personalfragen. Es sei hierbei erwähnt, daß die Ankündigung der „Frankf. Ztg.“, wonach bis zum 1. April alle Personalveränderungen publizirt sein sollen, sich in dieser Weise schwerlich erfüllen lassen wird, da die definitive Feststellung des Etats für das Reichsgericht jedenfalls noch einige Zeit auf sich warten lassen wird. Die Ernennungen können aber doch nicht eher formell vollzogen werden, als bis der Etat genehmigt und publizirt ist. Was man zu erreichen hoffen kann, ist nur, allen Beamten, denen eine Veränderung ihres Wohnsitzes bevorsteht, die Mittheilung davon vorher vertraulich zu machen.

Berlin, 21. Februar. Die „Nat.-Ztg.“ schreibt:

Der Umstand, daß mit dieser Session die Legislaturperiode wenigstens voraussichtlich zu Ende geht, hätte wohl kaum die Nothwendigkeit herbeigeführt, den Schluß durch eine Thronrede herbeizuführen; indessen mag es in den Regierungskreisen doch angemessen erschienen sein, dem Landtage am Schlusse seiner Thätigkeit Worte der Anerkennung zu spenden. Es war in der That eine an angespannter Arbeit sehr reiche Legislaturperiode und auch an Resultaten nicht so arm, als man es zuweilen darzustellen liebt. Die Justizreform, welche der Reichstag im Rohbau festgestellt hatte, ist in allen ihren Details ausgeführt worden; welche Legislaturperiode von 1866 hätte sich einer gleichen Leistung rühmen können. Daß das Gesetz über die Ausbildung der Verwaltungsbeamten vereinbart worden ist, scheint in höheren Kreisen einen besonders angenehmen Eindruck hervorgerufen zu haben. Die beiden Landeskulturgesetze liefern den Beweis, daß das Streben um die Förderung der materiellen Wohlfahrt nicht aus den Augen gelassen wird. Die Aufgaben des geschlossenen Landtages begegnen sich endlich mit denen des beginnenden Reichstages unmittelbar bei der großen Frage der Finanz- und Steuer-Reform. Die Thronrede hebt die Verständigung, die im Landtage erzielt worden ist, auch als ein günstiges Vorzeichen für die Verständigung im Reichstage hervor, und dieses günstige Vorzeichen festzuhalten liegt im Interesse der liberalen Partei nicht minder als in dem der Regierung.

— Nach einer Depesche des „W. T. B.“ aus Petersburg meldet General Loris-Melikow aus Zarizin vom 20.:

„Im ganzen General-Gouvernement einschließlich der von Kirgisenhorden bewohnten Distrikte sind neue Erkrankungen nicht vorgekommen, ebenso wenig sind von früher her erkrankte Personen vorhanden. Die ausländischen Aerzte sind hier angekommen und haben sich mir heute vorgestellt. Die Kommunikation über die Wolga bei Astrachan findet mittelst Booten statt.“

Provinzielles.

Stettin, 22. Februar. Die Konkursmasse der „Ritterschaftlichen Privatbank“ bietet, wie berichtet wird, den Gläubigern keine Aussicht auf volle Befriedigung. Auf die vorrechtlosen Forderungen ist bekanntlich Anfang Mai v. J. eine erste Rate von 33⅓ pCt. zur Auszahlung gelangt. Für den Monat Januar war die Auszahlung einer zweiten Rate von annähernd 16⅔ pCt. in Aussicht genommen. Neuerdings ist es indessen ungewiß geworden, wann eine zweite Abschlagszahlung werde erfolgen können, da die Konkursverwaltung genöthigt gewesen ist, mehrere Grundstücke zur Sicherung von Forderungen der Konkursmasse zu erwerben und dazu eine bedeutende Summe zu verwenden.

— Die „Preußische Nationalversicherungs-Gesellschaft“ wird pro 1878 18 pCt., die „Chemische Produktenfabrik Pommerensdorf“ 16 pCt. Dividende geben.

— Es kommen zur Erledigung: zum 1. April d. J. die Pfarrstellen in Görcke, Synode Greifenberg, und in Mönchow-Zecherin, Synode Usedom, mit einem Einkommen excl. Dienstwohnungs-Nutzung von resp. 2400 und 4244 M., ferner zum 1. Oktober die Pfarrstelle in Weitenhagen, Synode Stadt Stolp, mit einem Einkommen excl. Wohnungswerth von 4260 M.

Vermischtes.

— (Zu liberal.) Die spanischen Blätter bringen Details über die kürzlich vom Telegraphen gemeldete, in Marokko ausgebrochene Empörung wider den Sultan Muley Hassan. Was ihm besonders von seinen rebellischen Unterthanen vorgeworfen wird, ist: daß er dem Fortschritt huldige, mit Christen freundlichen Verkehr pflege, die Juden in seinem Reiche begünstige und sogar einen jüdischen Astrologen habe. Ferner bezieht er von Paris Kleider und Spielzeug für seine Frauen und Kinder, ja er soll sogar aus Wien tausend Flaschen Bier haben kommen lassen, welche ihm als „Medizin“ vom dortigen religiösen Oberhaupte, dem Obersten der Scherifs (Nachkommen des Propheten), erlaubt wurden. Endlich hat die kürzlich auch von uns gebrachte Nachricht der Gründung einer Zeitung in der Hauptstadt von Marokko auch das ihrige beigetragen, um den Groll gegen den liberalen Neuerer zum offenen Ausbruch zu bringen. Wer die dortigen Zustände kennt, wird wissen, daß die oben angeführten Thatsachen lauter schwere Vergehen gegen die dortige strengreligiöse Anschauung der Bevölkerung seien, die noch mit zähem Fanatismus an den Geboten des Alkoran hängt. Daß der jetzige Sultan, der erst seit 1873 regiert — manche Weltausstellungs-Besucher werden sich noch der schwarzen Trauerflagge auf der maurischen Villa aus Anlaß des damaligen Todes des vorigen Sultans erinnern — zum Liberalismus hinneige, ist allgemein bekannt. Einen Hauptgegner und zugleich Thronprätendenten hat er dabei an seinem Onkel Muley Abbas. Hingegen findet er in seinem liberalen Streben eine Hauptstütze am religiösen Oberhaupt des Landes, dem Scherif von Uadzan, Abd-es-Selam. Dieser ist selbst ein arger Sünder, hat eine Engländerin als rechtmäßige Frau, soll, wie die böse Welt behauptet, im Geheimen Wein trinken und noch viel ärgere Sünden begehen. Aber die Scheu vor seiner geheiligten Person ist so groß, daß man nur leise zu murren wagt. Gegen den weltlichen Sultan hingegen wird weniger Rücksicht genommen und er muß für Beide büßen.

Literarisches.

Meyer, Konversations-Lexikon. Von diesem ausgezeichneten Werke liegt uns der Schlußband, der Supplementband vor, der das ganze Werk ergänzt und überall noch die neuesten Daten liefert. Derselbe ist vorzüglich geeignet, jeden in die neuesten Ergebnisse der Wissenschaften einzuführen. Das Werk selbst hat in mehr als 100,000 Exemplaren Verbreitung gefunden, dabei ist die Pünktlichkeit, mit welcher die redaktionelle Leitung und die Offizinen der Verlagshandlung sich in die Hände arbeiteten, so daß die 250 überreich illustrirten Lieferungen, aus welchen das Werk besteht, mit der Regelmäßigkeit einer Tageszeitung erscheinen konnten, wenn man diese kolossalen Verhältnisse in Betracht zieht, fast beispiellos.

Dank der Energie und Zuverlässigkeit der Verlagshandlung ist die Aufgabe nunmehr gelöst und wir freuen uns der glücklichen Durchführung des Unternehmens, mit dessen prachtvoller äußern Ausstattung zudem keines seiner Vorgänger und keines seiner Mitbewerber sich vergleichen kann. Ist doch allein der Bilderatlas von nahezu 400 Illustrationstafeln und Karten, hervorragend durch äußern Geschmack und Gediegenheit des Inhalts, eine kostbare Zugabe, welche den „Meyer“ vor allen anderen auszeichnet.

Die Vorsorge des Herausgebers geht indessen noch über die dermalige Begrenzung hinaus: wie der soeben ausgegebene letzte (Ergänzungs- und Register-) Band alles nachholt, was sich während der langen Dauer des Erscheinens ereignet und verändert hat, so sollen künftig solche Supplemente sich jährlich wiederholen. Es muß hierauf ausdrücklich aufmerksam gemacht werden, denn den zahllosen Besitzern des Meyer'schen Konversations-Lexikons wird hierdurch Gelegenheit geboten, ihren literarischen Hausschatz gegen eine kaum nennenswerthe jährliche Ausgabe (dem Preis eines Bandes entsprechend) fortwährend auf dem Laufenden zu erhalten und zu erneuern. Den Abschluß des Ganzen bildet ein großartiges, unentbehrliches Register über die vielen tausend in den einzelnen Artikeln des Lexikons vorkommenden Namen, die keine eigenen Artikel erhalten konnten. Nach diesem, auch durch die werthvollsten Bereicherungen an neuen Artikeln, zahlreichen statistischen Tabellen 2c. ausgezeichneten Band zu urtheilen, hat das Bibliographische Institut mit seiner Idee der Jahres-Supplemente das geeignetste Mittel zur Verjüngung seines Hauptwerks zu finden gewußt.

Viehmarkt.

Berlin, 21. Februar. Es standen zum Verkauf: 67 Rinder, 955 Schweine, 638 Kälber, 169 Hammel.

Bei Rindern fehlte beste Waare ganz; gute Mittelwaare war zwar vertreten, jedoch nicht in den gesuchten Exemplaren (Bullen und Kühe), so daß nur wenige Stücke geringer Qualität angekauft wurden und sich daher ein maßgebender Preis nicht nennen läßt.

Auch 1. Waare von Schweinen war nicht am Platz; Landschweine verblieben auf dem letzt erzielten Preise von 45—46 Mark, während Russen bei ziemlich lebhaftem Begehr nicht unter 37—39 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht abgegeben wurden.

Bei Kälbern fand heute keine Preissteigerung statt; die Waare wurde langsam geräumt und mit 45—55 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht bezahlt.

Der geringe Auftrieb von Hammeln war kaum zu dem Preise von 45—50 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht unterzubringen.

Telegraphische Depeschen.

Breslau, 21. Februar. Bei der heute im hiesigen Westkreise stattgehabten engeren Wahl ist Justizrath Freund mit 8959 Stimmen zum Reichstagsabgeordneten gewählt worden; der Kandidat der Sozialdemokraten, Kraecker, erhielt 7544 Stimmen.

München, 21. Februar. Anläßlich der hundertjährigen Geburtstagsfeier Savigny's wurde heute seitens der Universität ein Festakt in der Aula abgehalten. Der Professor Brinz hielt die Festrede. Unter den zahlreichen Theilnehmern an der Feier befand sich auch der Justiz-Minister und der Präsident des Ober-Appellationsgerichts.

Genf, 21. Februar. In der vergangenen Nacht wurde die ganze Westschweiz von einem sehr heftigen Sturm heimgesucht, der auch hier und in der Umgegend großen Schaden angerichtet hat. Auf dem See gingen mehrere Boote zu Grunde und bei St. Saphorin (Kanton Waadt) gerieth ein Eisenbahnzug aus dem Geleise. Mehrere Eisenbahnwagen wurden in den See geschlendert, indeß hat dabei kein Verlust an Menschenleben stattgefunden.

Wien, 21. Februar. Es verlautet, daß Rußland die Feststellung des Grundsatzes verlangt, daß nur ein einstimmiges Votum der Botschafter-Konferenz entscheidend sei, wenn die „Arab-Tabia-Frage“ einer solchen vorgelegt wird. Ein Majoritätsbeschluß ist bisher von Rußland nicht acceptirt.

Versailles, 21. Februar. Die Deputirtenkammer hat den die Gewährung voller und uneingeschränkter Amnestie bezweckenden Gegen-Gesetzentwurf Louis Blancs mit 363 gegen 105 Stimmen abgelehnt.

Rom, 21. Februar. Aus der soeben erschienenen gestrigen Rede des Papstes an das Kardinalskollegium erhellt indirekt, daß kein Abkommen mit Berlin perfekt wurde. Indem er die gegenwärtigen Zeiten beklagte, sagte der Papst, daß die von ungeahnten Erfolgen begünstigten Männer durch den Uebermuth ihrer Ansprüche nur noch traurigere Zeiten herbeiführen werden, daß aber demungeachtet der Papst pflichtgetreu den Reuigen entgegenkommen, jedoch gegen die Feinde der Kirche unerschütterlich die Freiheit, die Rechte und die Unabhängigkeit der Kirche vertheidigen werde. Die Rede nennt weder Deutschland noch Bismarck, die Anspielung aber ist unverkennbar.

Rom, 21. Februar. Die für Schiffe, welche aus Griechenland, Tunis und Egypten kommen, angeordnete Quarantäne ist durch Dekret des Königs wieder aufgehoben worden.

Bei Beantwortung der vom Kardinals-Kollegium überreichten Glückwunschadresse wies der Papst, der „Agencia Stefani“ zufolge, darauf hin, daß es, als er zum Pontifikate gelangt, seine erste Sorge gewesen sei, der Welt die wohlthätige Natur der Kirche zu zeigen und die Fürsten und die Völker wieder als Freunde der Kirche zu gewinnen. Er danke Gott, daß seine Worte von der gläubigen Welt mit Andacht aufgenommen worden und daß sie im Stande gewesen seien, bei den Einen die Anhänglichkeit an die Kirche wieder zu erwecken, bei den Andern die Gegnerschaft gegen die Kirche zu mindern. Er wußte, wie schwierig der noch zurückzulegende Weg sei, werde jedoch fortfahren, seine Pflicht zu thun und die Rechte der Kirche zu wahren. — Heute wurde dem Papste durch den französischen Botschafter ein Schreiben des Präsidenten Grevy überreicht, worin derselbe seine Wahl zum Präsidenten der Republik anzeigt.

Kopenhagen, 21. Februar. Wie kolossal der Schneefall in Danemark gewesen ist, ersehen wir soeben aus einer Mittheilung des Ober-Betriebsinspektors der dänischen Staatsbahnen. Derselbe macht bekannt, daß auf Fühnen 5 Fuß, im südlichen Jütland 7 Fuß, im nördlichen 9 und in Vendsyssee am Limfiord 14 Fuß Schnee bei 9 Grad Kälte liegen und der Schneefall und Sturm aus Nordost fortdauern. Der ganze Eisenbahnverkehr stockt.